

Der unvollendete Traum

Der „Marsch auf Washington“ und das radikale Vermächtnis Martin Luther Kings

Von **Albert Scharenberg**

Am 28. August ist der 50. Jahrestag des berühmten *March on Washington*. Damit gelangt der Gedenkmarathon für das „amerikanische Jahr“ 1963 zu seinem Höhepunkt. Wir werden dann, das steht bereits fest, mit so vielen Bildern von Martin Luther King, so vielen Zitaten seines „I have a dream“ und so vielen Referenzen an John F. Kennedy überschüttet werden, das vor lauter Gedenken kein Platz mehr bleibt für kritisches Denken.

Das Problem dieses Gedenkens liegt darin, dass das politische Vermächtnis der Bürgerrechtsbewegung und ihres berühmtesten Protagonisten praktisch vollständig reduziert wird auf die Rede, die Martin Luther King auf dieser Kundgebung gehalten hat, und hier zumeist auch nur auf einen einzigen Aspekt: seinen „Traum“ von einer Welt ohne Rassenschranken. Dass King in seiner Rede auch die anhaltende wirtschaftliche und soziale Benachteiligung der Afroamerikaner kritisierte, dass er die Untätigkeit der Regierung im Angesicht grassierender Armut in einer Gesellschaft des Überflusses geißelte: kein Wort davon. Nicht einmal der Umstand, dass die Demonstration eigentlich „*March on Washington for Jobs and Freedom*“ hieß, findet Erwähnung. Es geht so lange um den „Traum“, bis aus dem radikalen Anführer der Schwarzen eine Art Spät-Hippie geworden ist, der scheinbar nur eines möchte: dass sich alle wieder lieb haben.

Wenn man King aber als einen Anführer charakterisiert, der niemanden bedroht und keine Privilegien gefährdet habe, dessen „Traum“ nun mit dem ersten schwarzen Präsidenten womöglich auch noch Wirklichkeit geworden sei, dann lässt sich überhaupt nicht mehr erklären, warum King und die von ihm geführte Bürgerrechtsbewegung auf so viel Widerstand trafen, ja regelrecht gehasst wurden – und zwar keineswegs nur von ein paar rückständigen, irgendwie aus der Zeit gefallen Verehrern der *Confederacy* im amerikanischen Süden.

Rechts vom Mainstream, bei den *Tea-Party*-Anhängern, wird diese abgeschliffene Version noch übertroffen. Bei ihrer Anti-Obama-Demonstration am Lincoln Memorial in Washington vor drei Jahren – am Ort und Jahrestag des *March on Washington* – halluzinierten Sarah Palin, Glenn Beck und Co. sich in die Rolle der „wahren“ Erben Kings, indem sie seine Botschaft auf den Kopf stellten: King würde heute, so ihre Behauptung, auf ihrer Seite stehen.

Hier ist die Uminterpretation der Geschichte gewissermaßen vollständig: Man beruft sich auf King und die Bürgerrechtsbewegung, um eine Agenda voranzutreiben, die seinem politischen Wirken diametral entgegensteht. Eine solche Form der Instrumentalisierung kann freilich nur dort verfangen, wo die Erinnerung an die realen historischen Ereignisse und Personen immer mehr verblasst, wo Dekontextualisierung und Entradikalisierung bereits fest im Mainstream etabliert sind. Demgegenüber soll King im Folgenden vom Kopf auf die Füße gestellt werden – der Kampf der Bewegung war nämlich viel radikaler und dornenreicher, als man uns weismachen will.¹

King versus Kennedy

Dabei muss man sich zuallererst von der Vorstellung lösen, Martin Luther King und die Bürgerrechtsbewegung hätten durch ihren Appell an die christliche Nächstenliebe die Weißen zur Einsicht gebracht und seien auf diese Weise von Erfolg zu Erfolg geeilt. Heute ist weitgehend vergessen, dass King zu Beginn des geschichtsträchtigen Jahres 1963 am Scheideweg stand.

Lange zurück lag die Zeit seines ersten und bis dato größten Erfolges. Damals, 1955/56 in Montgomery, war es gelungen, durch einen mehr als ein Jahr andauernden Boykott die Rassentrennung in den städtischen Bussen zu beenden. Nur wenige Tage nach Rosa Parks' Weigerung, ihren Sitzplatz für einen Weißen zu räumen, und ihrer anschließenden Verhaftung hatten sich tausende Menschen versammelt, um ihren frisch gewählten Sprecher, den jungen charismatischen Pastor der Dexter Avenue Baptist Church, reden zu hören. „Ihr wisst, meine Freunde, es kommt eine Zeit, da die Menschen es satthaben, dass auf ihnen mit den eisernen Füßen der Unterdrückung herumgetrampelt wird“, donnerte King. „Was wir tun, ist kein Unrecht. Wenn wir Unrecht haben, hat das Oberste Gericht dieser Nation Unrecht. Wenn wir Unrecht haben, hat die Verfassung der Vereinigten Staaten Unrecht. Wenn wir Unrecht haben, hat der allmächtige Gott selbst Unrecht. [...] Wir sind hier in Montgomery entschlossen, dafür zu arbeiten und zu kämpfen, bis Gerechtigkeit wie Wasser fließen wird und Rechtschaffenheit wie ein gewaltiger Strom.“

Mit dem Busboykott war King zu internationalem Ruhm gelangt. Seitdem allerdings waren die großen Erfolge für die Bürgerrechtsbewegung weitgehend ausgeblieben. Hinzu kam: Im Jahr zuvor hatten King und die von ihm geführte Dachorganisation der Bewegung, die *Southern Christian Leadership Conference* (SCLC), bei ihrer Kampagne gegen die Rassentrennung in Albany im Bundesstaat Georgia eine Niederlage erlitten. Insbesondere den jüngeren, ungeduldrigen Aktivisten der Bewegung, den Studenten, die seit Gründung des *Student Nonviolent Coordinating Committee* (SNCC) zu Aktionen zivilen Ungehorsams übergegangen waren, galt er, das damalige Vorbild, zunehmend als zu vorsichtig, als zu sehr durch Rücksichtnahme auf

1 Für eine ausführliche Darstellung vgl. Albert Scharenberg, Martin Luther King. Ein biografisches Porträt, Freiburg 2011.

die weißen Bündnispartner befangen. Kurzum: Zum Jahreswechsel ging es für Martin Luther King um alles oder nichts. Der Ausgang des Jahres 1963 würde auch über sein Schicksal als Anführer der Bewegung entscheiden.

Die Bürgerrechtsbewegung war stecken geblieben, weil die institutionalisierte Politik sich Veränderungen immer wieder und auf allen Ebenen erfolgreich widersetzt hatte, unter Eisenhower wie unter Kennedy. Im amerikanischen Süden galt noch immer die *white supremacy*, die rassistisch legitimierte, gesetzlich abgesicherte weiße Vorherrschaft – neun Jahre nach der historischen Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der Vereinigten Staaten, der diese Ordnung für illegal erklärt hatte, sechs Jahre nach dem Erfolg in Montgomery, mehr als zwei Jahre nach der Wahl Präsident Kennedys.

Kennedy sah King nicht, wie es die medialen Erzählungen suggerieren, als Verbündeten; nicht einmal zu seiner Inaugurationsfeier hatte er den Anführer der Bürgerrechtsbewegung eingeladen. Und, was ungleich schwerer wog: Von sich aus war der Präsident ganz offensichtlich auch nicht gewillt, gegen die Rassentrennung vorzugehen. Im Gegenteil, er hatte im Amt viel dafür getan, die Anhänger der Segregation für sich einzunehmen. Umgekehrt verfolgte er gegenüber der Bürgerrechtsbewegung eine Hinhaltetaktik. Gerade hinsichtlich seines Wahlkampfversprechens, die rassistische Diskriminierung im mit Bundesmitteln geförderten Wohnungsbau umgehend zu beenden, hatte er seine afroamerikanischen Wählerinnen und Wähler enttäuscht. Im institutionellen „Kleinkrieg“ um die Rassentrennung wies er immer wieder jedwede Verantwortung von sich. Als die *Commission on Civil Rights* ihn beispielsweise dazu aufforderte, dem Bundesstaat Mississippi keine Bundesmittel mehr zu zahlen, solange dieser sich nicht an die einschlägigen Gerichtsurteile zum Schutz Schwarzer vor Gewalt und Diskriminierung hielt, behauptete der Präsident einfach, dies stünde nicht in seiner Macht.

In der SCLC war man sich daher einig: Mit Blick auf die Bürgerrechte war Kennedy kaum besser als sein republikanischer Amtsvorgänger, General Eisenhower. Deshalb war King und seinen Mitarbeitern nur allzu bewusst, dass es nicht leicht werden würde, Kennedy zum Handeln zu bewegen. Sollte sich etwas ändern, musste man Druck aufbauen, und dieser ließ sich am besten über die nationalen Medien erzeugen – durch Bilder von Übergriffen der lokalen Staatsgewalt, die belegten, wie unmoralisch und illegitim das Regime der Rassentrennung war. Ziel der eigenen Aktionen musste es also sein, mit – wie immer – konsequent gewaltfreien Mitteln polizeiliche Übergriffe zu provozieren, die dann über Zeitungsberichte, vor allem aber durch Fotos und Fernsehbilder landesweit Empörung erzeugen und den unwilligen Präsidenten zum Eingreifen zwingen sollten.

„Project C“ in Birmingham: In der Höhle des Löwen

King und seine Mitstreiter hatten sich deshalb Ende 1962 dafür entschieden, in die Höhle des Löwen zu gehen, nach Birmingham, Alabama. Nicht zufällig taufte man die Kampagne intern auf den Namen *Project C* – das

„C“ stand dabei für *confrontation*. Mittels Protestmärschen, Boykotten, *Sit-ins* und anderen Aktionen wollte man den örtlichen Polizeichef, Eugene „Bull“ Connor, dazu bringen, sein wahres Gesicht zu zeigen. Connor war für seine offene Kollaboration mit den weißen Terrorgruppen *Ku-Klux-Klan* und *White Citizens' Council* weit über die Stadtgrenzen hinaus berüchtigt. Erst zwei Jahre zuvor hatte er zugeschaut, wie ein rassistischer Mob die *Freedom Riders* der Bürgerrechtsbewegung mit Baseballschlägern und Eisenketten am Busbahnhof überfallen und übel zugerichtet hatte.

Zu Beginn lief die Kampagne in Birmingham denkbar schlecht. Zwar waren die Kirchen voll, wenn King sprach; an den Aktionen wollten sich aber regelmäßig nur wenige Dutzend Afroamerikaner beteiligen. Zu groß waren die Gefahren, denen man sich aussetzte, wenn man für seine legitimen Rechte eintrat.

Nach wenigen Tagen wurde Martin Luther King bei einem Protestmarsch verhaftet und ins Stadtgefängnis von Birmingham gesperrt. Es war das dreizehnte (von insgesamt dreißig) Mal, die er für seine Teilnahme an politischen Aktionen verhaftet wurde – auch ein Aspekt, der heute selten Erwähnung findet. Mit ihrem Anführer im Gefängnis stand die Bewegung „draußen“ vor dem Aus. Doch die Bewegung hatte nicht genug Geld, um Kautions für ihn und die anderen Inhaftierten zu hinterlegen.

In dieser Situation, vier Monate vor dem March on Washington, schrieb King seinen berühmten „Brief aus dem Stadtgefängnis von Birmingham“. In ihm schildert er eindrucksvoll, dass nicht etwa eine gedankenlose Geisteshaltung, sondern eine „weiße Machtstruktur“ hinter dem System der Rassetrennung stand. Hier, in dem Brief aus dem Gefängnis, machte er auch unmissverständlich klar, dass er von der zögerlichen Haltung der weißen Liberalen, die er immer wieder als Bündnispartner umworben hatte, zutiefst enttäuscht war: „Als Erstes muss ich bekennen, dass ich in den letzten Jahren von den gemäßigten Weißen zutiefst enttäuscht wurde. Ich bin beinahe zu dem Schluss gekommen, dass das größte Hindernis auf dem Wege des Negers in die Freiheit nicht White Citizens' Council oder Ku-Klux-Klan ist, sondern der gemäßigte Weiße, dem ‚Ordnung‘ mehr bedeutet als Gerechtigkeit, der einen negativen Frieden, in dem es keine Spannungen gibt, einem positiven Frieden, in dem Gerechtigkeit herrscht, vorzieht; der ständig sagt: ‚Mit Ihrem Ziel bin ich völlig einverstanden, nicht aber mit Ihren Methoden der direkten Aktion‘; der meint, in väterlicher Fürsorge die rechte Zeit für die Freiheit eines anderen bestimmen zu müssen [...]. Ich hatte gehofft, die gemäßigten Weißen würden verstehen, dass das Gesetz dazu da ist, die Gerechtigkeit durchzusetzen, und dass es andernfalls zu einem gefährlichen Hindernis wird, das die Flut des sozialen Fortschritts hemmt.“

Kings Botschaft ist unzweideutig: Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht. King war, auch das zeigt diese Passage, bereits vor dem March on Washington zutiefst enttäuscht von den weißen Liberalen, auf die er als Bündnispartner vertraut hatte, und keineswegs der naive, träumende Spät-Hippie, als den ihn der Mainstream heute imaginiert.

„Wir wissen aus schmerzlicher Erfahrung, dass der Unterdrücker dem Unterdrückten niemals freiwillig die Freiheit gibt. Der Unterdrückte muss sie fordern“, notierte King. „Gerade das ist ja der Zweck der gewaltlosen direkten Aktion: Sie will eine Krise herbeiführen, eine schöpferische Spannung erzeugen, um damit eine Stadt, die sich bisher hartnäckig gegen Verhandlungen gesträubt hat, zu zwingen, sich mit den Problemen auseinanderzusetzen. Sie will diese Probleme so dramatisieren, dass man nicht mehr an ihnen vorbeikann. [...] Das mag in Ihren Ohren schockierend klingen. Ich muss Ihnen aber gestehen, dass ich mich vor dem Wort Spannung nicht fürchte.“

Dieser Abschnitt des Briefes beschreibt den Kern der politischen Philosophie der Bürgerrechtsbewegung: Man will die politisch Verantwortlichen durch außerparlamentarische Aktionen zum Handeln *zwingen* – nicht nur in Birmingham, sondern auch und gerade in Washington.

Die Passage illustriert zugleich, warum Martin Luther King niemals von den Herrschenden geliebt wurde – trotz seines unerschütterlichen Eintretens für Gewaltlosigkeit und Feindesliebe und trotz seines steten Bemühens, die institutionellen Zwänge, denen auch demokratisch Gewählte unterworfen sind, taktisch zu berücksichtigen. Er galt vielmehr als Störenfried, gerade im Süden, aber auch in Washington, bei Eisenhower, Kennedy, Johnson. Und zwar weil er Protest und „produktive Spannungen“ organisierte, während Regierende immer zuallererst Ruhe und Ordnung wollen – weil sie nicht kritisiert und unter Druck gesetzt, sondern gelobt, beklatscht und besungen werden möchten. Darauf wiederum hat sich King zu keinem Zeitpunkt eingelassen.

Die Mobilisierung der Schulkinder

Am 20. April 1963 wurden King und sein Stellvertreter in der SCLC, Ralph Abernathy, schließlich gegen Kautionsauszahlung aus dem Stadtgefängnis von Birmingham entlassen. Die Kautionsauszahlung hatte sein Freund, der bis heute politisch aktive Harry Belafonte, kurzfristig organisiert – mit seiner persönlichen Bitte, sich für Kings Freilassung einzusetzen, war Belafonte dann allerdings an einem sarkastischen Robert Kennedy abgeprallt.

King stellte rasch fest, dass sich seine schlimmsten Befürchtungen bewahrheitet hatten: Die aktive Unterstützung der Bewegung war merklich abgeflaut, und die Zahl der Freiwilligen, die auf den täglichen Abendversammlungen ihre Bereitschaft erklärten, sich bei Aktionen inhaftieren zu lassen, bewegte sich inzwischen regelmäßig im einstelligen Bereich. Daran änderte auch die Freilassung ihres Anführers zunächst nichts. Im Führungszirkel der Bewegung breitete sich deshalb die Angst aus, die Kampagne könnte mit einer Niederlage enden, bevor sie überhaupt richtig angefangen hatte.

Auf einem internen Treffen hatte einer der Mitarbeiter schließlich eine Idee: Weil die Erwachsenen sich nicht trauten, öffentlich zu protestieren, da sie den Verlust ihres Arbeitsplatzes fürchteten, müsse man eben die Schulkinder mobilisieren.

Anfangs lehnte die gesamte Runde, einschließlich King, den Vorschlag ab. Aber vor die Alternative gestellt, entweder den Rückzug aus Birmingham anzutreten oder etwas Spektakuläres zu tun, machte King sich die Idee schließlich zu eigen.

Mit dieser Entscheidung handelte er sich Kritik von fast allen Seiten ein: von den Kennedys, die sein Handeln als unverantwortlich darstellten, über die Konservativen, welche ihm vorwarfen, die Kinder zu instrumentalisieren, bis hin zu den männlichen Radikalen, darunter Malcolm X, die die Mobilisierung der Schulkinder als „unmännlich“ verurteilten.

Am 2. Mai war es dann so weit: Hunderte Kinder und Jugendliche versammelten sich in der 16th Street Baptist Church, dem zentralen Treffpunkt der Bewegung. Die Polizei riegelte das gesamte Gelände ab, und sobald eine Gruppe Jugendlicher aus der Kirche heraustrat, wurde sie in Haft genommen und in die bereitstehenden Polizeifahrzeuge verfrachtet. Insgesamt 600 Kinder und Jugendliche wurden an diesem Tag verhaftet.

Am nächsten Tag bot sich das gleiche Bild. Weil aber durch die vielen Verhaftungen die Gefängnisse bereits von Kindern überquollen, änderte die Polizei ihre Taktik – sie setzte jetzt Wasserwerfer ein. Als auch das die Kinder nicht zu vertreiben vermochte, ließ Bull Connor seine Hundestaffel antreten. Der Anblick der bellenden und zähnefletschenden Schäferhunde versetzte die Schüler in Angst und Schrecken. Sie rannten, flohen, aber mehrere wurden dennoch durch Bisse verletzt, weitere durch den Schlagstockeinsatz der Polizisten. Zum Symbol der Polizeibrutalität wurde das Foto eines weißen Polizisten mit Sonnenbrille, der einen 15jährigen Schwarzen beim Hemd gepackt hält und mit seiner anderen Hand dem Hund gerade genug Leine lässt, dass er seine Zähne in den Bauch des Jungen schlagen kann.

Doch selbst dieser Einsatz der Hundestaffel bewegte die Schulkinder nicht zur Aufgabe. Schließlich, um drei Uhr nachmittags, kam die Polizei in die Kirche, um zu verhandeln. Obwohl dort noch hunderte Freiwillige auf ihren Einsatz warteten, willigte King sofort in einen „Waffenstillstand“ ein, denn er wusste, dass die Bilder des Tages ihre Wirkung nicht verfehlen würden.

Im Anschluss prasselten aus der Politik und auch von Präsident Kennedy Forderungen auf King ein, die Proteste unverzüglich einzustellen. King weigerte sich standhaft. In seinen Augen war die plötzliche Anteilnahme für die schwarzen Schulkinder bloße Heuchelei. Denn wo waren die Politiker, wo war ihre Anteilnahme am Schicksal der Kinder in den Jahren zuvor gewesen, als sich diese tagtäglich mit Diskriminierung, Unterdrückung und, ja, mit polizeilicher Willkür und Gewalt konfrontiert gesehen hatten? Was hatten diese Politiker je getan, um die unerträglichen Zustände zu beenden?

Eben: nichts.

Genau dieses Versagen der weißen Liberalen hatte King ja bereits in seinem Brief aus dem Gefängnis kritisiert. Viel wichtiger für King und seine Mitstreiter war indes die Meinungsbildung in einer anderen Gruppe: nämlich der der Eltern. Nur ihre Reaktion musste die Bewegung fürchten, nur sie konnten der Aktion auch gegen Kings Willen ein Ende bereiten.

Der Triumph von Birmingham als politischer Gezeitenwechsel

Doch als King am Abend desselben Tages die 16th Street Baptist Church betrat, lösten sich seine Befürchtungen schlagartig in Luft auf: Die gesamte Gemeinde begrüßte ihn mit donnerndem Applaus. Erst jetzt, da die Eltern ihm so sehr vertrauten, dass sie für die Ziele der Bewegung sogar die Inhaftierung ihrer eigenen Kinder zuließen, stand die Freiheitsbewegung geschlossen hinter ihm – in Birmingham und im ganzen Land.

Dieser Sieg markierte für King auch persönlich einen Wendepunkt. Als er Anfang April in die Stadt kam, galt er vielen – Journalisten wie Aktivisten – als jemand, der seinen Zenit längst überschritten hatte. Jetzt, nur sechs Wochen später, war er der unumschränkte Führer der Bewegung.

Das Beispiel Birminghams elektrisierte das gesamte afrikanische Amerika. Mit ihm erreichte die Bürgerrechtsbewegung ihren Höhepunkt. In den kommenden Wochen griff der lokale Protest auf den gesamten Süden, ja aufs ganze Land über. An hunderten Orten gingen Kings Anhänger in die Offensive und nahmen den gewaltfreien Kampf gegen die Rassentrennung auf. Überall fragten sich die Aktivisten: Wenn es in Birmingham gelang, warum dann nicht auch hier, bei uns? Und wenn die Kinder die Initiative ergreifen, dürfen wir, die Erwachsenen, dann hinter ihnen zurückstehen?

Der Triumph von Birmingham führte auf diese Weise zu einem politischen Gezeitenwechsel. Mit dem Sieg über Bull Connor kam ein Stein ins Rollen, der – trotz der anhaltenden rassistischen Gewalt – nicht mehr aufzuhalten war. Die Anhänger der Rassentrennung befanden sich jetzt überall auf dem Rückzug, und der Bürgerrechtsbewegung gelang der entscheidende Durchbruch.

Nachdem er jahrelang gezögert hatte, sah sich schließlich auch Präsident Kennedy genötigt, endlich Partei für die Bewegung und gegen die Rassentrennung zu ergreifen. Am 11. Juni erklärt er in einer Fernsehansprache: „Jetzt ist es für diese Nation an der Zeit, ihr Versprechen zu erfüllen. Die Ereignisse in Birmingham und andernorts haben den Ruf nach Gleichheit so laut werden lassen, dass keine Stadt, kein Bundesstaat und keine gesetzgebende Körperschaft [...] ihn ignorieren kann.“ Bald würde im Kongress eine Debatte über das Bürgerrechtsgesetz einsetzen, das im folgenden Jahr, nach der Ermordung Kennedys, verabschiedet wurde.

Kings Verfolgung durch das FBI

Tatsächlich wurde King – nach den Ereignissen in Birmingham und noch vor dem March on Washington – am 22. Juni endlich auch zu einer Audienz ins Weiße Haus geladen. Doch sollte er geglaubt haben, der Präsident wolle mit ihm über die Aufhebung der Rassentrennung und den Kampf gegen die soziale Benachteiligung der Afroamerikaner sprechen, wäre er rasch eines Besseren belehrt worden. In einem bizarren Gesprächsreigen drängten ihn nacheinander der Justizminister, sein Stellvertreter und schließlich auch

noch der Präsident persönlich beim Spaziergang im berühmten Rosengarten, sich von zwei Mitarbeitern zu trennen, die angeblich Kommunisten seien – der Vorwurf, mit Kommunisten zusammenzuarbeiten, war auch zehn Jahre nach McCarthy immer noch ein wirksames Mittel der politischen Diskreditierung. Als King sich weigerte und Beweise verlangte, lancierte das FBI Zeitungsartikel, in denen behauptet wurde, Kommunisten hätten die Bürgerrechtsbewegung unterwandert. Aufgrund des öffentlichen Drucks sah sich King schließlich zum Einlenken gezwungen; schweren Herzens brach er den Kontakt zu seinem Anwalt Stanley Levinson und seinem engen Mitarbeiter Jack O'Dell ab.

Sein Einlenken half King indes nicht. Das FBI intensivierte nur wenige Monate nach dem 28. August 1963 die Überwachung Kings massiv – mit ausdrücklicher Genehmigung von Justizminister Robert Kennedy. Von nun an wurden sämtliche Telefongespräche abgehört und die Zimmer, in denen King sich aufhielt, verwandt. Am Ende des Jahres schließlich erging die Anweisung an die FBI-Büros in New York und Atlanta, Maßnahmen zu ergreifen, „die geeignet sind, [King] zu neutralisieren oder vollständig zu diskreditieren“. Es begann eine unglaubliche Schmutzkampagne, in deren Verlauf man versuchte, King Steuerhinterziehung anzuhängen, der SCLC ihre Finanzierungsquellen zu entziehen, Bündnispartner Kings durch Drohungen zu verschrecken, Kongressmitglieder und Journalisten zu beeinflussen. Unmittelbar nach seiner Auszeichnung mit dem Friedensnobelpreis 1964 schickte das FBI King sogar ihr berüchtigtes „Selbstmordpaket“ (unter anderem mit Tonbandmitschnitten seiner sexuellen Affären), das ihn zum Freitod bewegen sollte. Fortan unterließ es das FBI auch, ihn über Mordpläne gegen seine Person zu informieren, und lehnte es ab, seinen Personenschutz zu übernehmen.

Just im Jahr des March on Washington überwachte und diskreditierte die Bundespolizei King auf Geheiß der Regierung gezielt – so gingen die Vertreter der Staatsmacht mit dem Anführer der Bürgerrechtsbewegung um, als er noch lebte. Ob sie das wohl auch getan hätten, wenn er nur „einen Traum“ verkündet hätte?

Nein zum Krieg

Ein weiterer – auch heute, in „Obamas Amerika“, nur allzu beliebter – Anlass, die Überwachung und Diskreditierung zu intensivieren, war Kings Protest gegen den Krieg.

Martin Luther King begann Anfang 1965, kurz nach der Verleihung des Friedensnobelpreises, sich öffentlich gegen den Vietnamkrieg auszusprechen. Doch der mediale Aufschrei hierüber war so groß, dass er sich einstweilen darauf beschränkte, in seinem unmittelbaren Umfeld für eine Antikriegs-Haltung zu werben. Anfang 1967 fiel ihm dann die Januarausgabe der Zeitschrift „Ramparts“ in die Hände. In einem Artikel über „Die Kinder Vietnams“ sah er Fotos, die die hässliche Wirklichkeit des Krieges dokumentierten, wie jenes, in dem eine Mutter ihr vom US-Militär getötetes Baby im

Arm hält – Bilder vom Krieg, wie wir sie heute, im Zeitalter des *embedded journalism* und des „Krieges gegen den Terror“, in den Mainstream-Medien erst gar nicht mehr zu sehen bekommen. King beschloss, von nun an mit aller Kraft gegen den Krieg einzutreten, aller Unpopularität seiner Kriegsgegnerschaft zum Trotz.

Auf einer Versammlung der *Clergy and Laymen Concerned about Vietnam*, deren Ko-Vorsitzender er wenig später werden sollte, formulierte er am 4. April 1967 in New Yorks Riverside Church seine Opposition zum Krieg dann in aller Deutlichkeit. In seiner Rede wandte sich King direkt gegen den amerikanischen Kriegseinsatz und dessen Oberbefehlshaber, Präsident Johnson. Sein Gewissen lasse ihm keine andere Wahl, als „den Verrat meines eigenen Schweigens zu durchbrechen“. Denn da der Einsatz des Militärs enorme Summen verschlinge, sei „der Krieg ein Feind der Armen“. Die Verwüstung Vietnams durch seine eigene Regierung stünde in einer unsäglich-traditionellen „tödlichen westlichen Arroganz“ und amerikanischer Außenpolitik in Lateinamerika, Afrika und Asien. Die Kriegführung, die sich um zivile Opfer nicht schere, belege, „dass wir in Vietnam keinerlei ehrliche Absichten verfolgen“. Wenn dem Vietnamkrieg, der Ermordung von bereits einer Million Männern, Frauen und Kinder, nicht durch „eine radikale Revolution der Werte“ Einhalt geboten werde, drohe seinem Land der „spirituelle Tod“. Um diesem vorzubeugen, müsse endlich der Gerechtigkeit zum Durchbruch verholfen werden, und zwar sowohl hinsichtlich der wirtschaftlichen Ausbeutung der Entwicklungsländer als auch mit Blick auf die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums in den Vereinigten Staaten selbst. Nicht durch Krieg, sondern nur durch unverzügliche Einstellung der Kampfhandlungen und die Aufnahme von Friedensverhandlungen mit dem Vietkong ließe sich „Amerikas Seele retten“. King, der Apostel der Gewaltfreiheit, ließ keinen Zweifel an seiner moralischen Verpflichtung aufkommen: „Ich könnte niemals wieder meine Stimme erheben gegen die Gewalt der Unterdrückten in den Ghettos, wenn ich nicht zuerst und eindeutig zum größten Gewalttäter in der heutigen Welt gesprochen hätte – meine eigene Regierung.“

Im Anschluss an diese Rede brach ein Orkan der Entrüstung über den Friedensnobelpreisträger herein. Sämtliche Medien denunzierten seine Äußerungen aufs Schärfste. Präsident Johnson war außer sich und raste über den, so wörtlich, „gottverdammten Nigger-Pfarrer“.

Es fällt nicht schwer sich vorzustellen, was King – der, wäre er nicht ermordet worden, inzwischen 84 Jahre alt wäre – heute über Obamas Außenpolitik, über Drohneneinsätze, gezielte Tötungen und „Kollateralschäden“ sagen würde.

Vom „Traum“ zum „Albtraum“

King ging sogar noch einen Schritt weiter: In seiner Radioansprache am Heiligabend 1967 beklagte er, dass sich der „Traum“ von einer gerechten Welt, den er 1963 am Lincoln Memorial formuliert hatte, immer mehr „in einen

Albtraum verwandelt“ habe. Die Wirklichkeit erfordere daher nun „einen Traum der Revolution anstatt einen der Reform“. „Jahrelang leitete mich der Gedanke, die bestehenden Institutionen der Gesellschaft zu reformieren“, sagte er in einem Interview, „ein bisschen Wandel hier, eine kleine Änderung dort. Jetzt empfinde ich ganz anders. Ich denke, es bedarf einer Rekonstruktion der gesamten Gesellschaft, einer Revolution der Werte.“

In nur einem Jahrzehnt hatten sich Kings Forderungen damit dramatisch verändert. Anfangs, in Montgomery, hatte er sich für die Aufhebung der Rassentrennung in den städtischen Bussen engagiert. Jetzt forderte er „eine soziale Revolution“ für „grundlegende strukturelle Änderungen in der Architektur der amerikanischen Gesellschaft“.

Der Befreiungstheologe wandte sich sogar gegen die bestehende Wirtschaftsordnung: „Mit dem Kapitalismus stimmt etwas nicht.“ Die Wurzeln ökonomischer Ungerechtigkeit lägen „im System und nicht in den Menschen oder in Bedienungsfehlern“. Demgegenüber plädierte King nun für einen „demokratischen Sozialismus“ in Amerika. So offen redete der Friedensnobelpreisträger zwar nur im Freundeskreis und auf internen Treffen wie den Klausurtagungen der SCLC, wo er zwar Widerspruch, nicht aber die öffentliche und veröffentlichte Meinung des Kalten Krieges fürchten musste. In seinem letzten, 1967 veröffentlichten Buch, „Where Do We Go From Here“, fordert er jedoch auch offen „eine sozial bewusste Demokratie“, die den Widerspruch „zwischen überflüssigem Reichtum und erbärmlicher Armut“ aufhebe.

Die Schwerpunkte, die King in seinen letzten Lebensjahren setzte, bestätigen dies – und es ist deshalb auch kein Wunder, dass die Kampagne in Chicago, wo die Southern Christian Leadership Coalition am informellen, verdeckten Rassismus in Norden des Landes scheiterte, oder auch Kings letzte Kampagne, die *Poor People's Campaign*, mittels derer er die Armen des Landes zu einer regelrechten Belagerung der Hauptstadt mobilisieren wollte, in den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag des March on Washington ebenso wenig vorkommen wie Kings radikale Kriegsgegnerschaft, seine Kritik der hinter der Fassade der „Farbenblindheit“ liegenden „weißen Machtstruktur“ und nicht zuletzt die unnachgiebige Verfolgung durch das FBI.

Der Grund hierfür liegt auf der Hand: Kings wahre Botschaft ist heute – wo die soziale Ungleichheit noch viel größer ist als in den 60er Jahren, wo der Krieg zum Dauerzustand geworden ist, wo – trotz des ersten schwarzen Präsidenten – die Rassentrennung und der soziale Abstand zwischen Weißen und Schwarzen ungebrochen ist – politisch höchst brisant. Denn Martin Luther King sprach sich nicht gegen ein garantiertes Mindesteinkommen aus, sondern dafür; er redete nicht bloß Konzerninteressen das Wort, sondern unterstützte offen gewerkschaftliche Kämpfe. King wollte keinen untätigen Nachwächterstaat, der, seine sozialen Verpflichtungen abstreifend, nur den Reichen nützt, sondern forderte massive sozialstaatliche Programme gegen die Armut, einschließlich eines allgemeinen Krankenversicherungsschutzes. Er war nicht gegen die befreiungstheologische Interpretation des Christentums, sondern selbst ein ganz dem Kampf gegen das Elend im Diesseits

zugewandter, radikaler Befreiungstheologe; er wandte sich nicht einmal gegen den Sozialismus, sondern sprach sich selbst für eine demokratisch-sozialistische Gesellschaftsordnung aus. Und schließlich befürwortete King nicht die kriegerische US-Außenpolitik, sondern wurde zum Kronzeugen gegen den Vietnamkrieg.

Die wichtigste Lehre aus Kings Engagement aber ist: Es waren nicht die Politiker – nicht die Kennedys, nicht die Gouverneure, nicht die Parlamentsabgeordneten –, die für den Fortschritt der amerikanischen Gesellschaft verantwortlich zeichneten. Es war nicht die Einsicht der Weißen im Süden oder im (einst von Sklaven errichteten) Weißen Haus, die das Schicksal der Afroamerikaner entscheidend veränderte. Es waren vielmehr King und die Bürgerrechtsbewegung, die die Verantwortlichen durch ihre Aktionen immer wieder – und gegen deren erklärten Willen – zum Handeln *zwangen*. Erst durch ihren massiven, gewaltfreien, todesmutigen Kampf erfüllten die Vereinigten Staaten ihr jahrhundertealtes Versprechen der formalen Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger vor dem Gesetz. Und erst auf ihren massiven Druck hin verabschiedete der Kongress schließlich soziale Reformen, die selbst Jahrzehnte neoliberaler Hegemonie nicht vollständig zu schleifen vermochten. Daran gilt es heute zu erinnern – gegen die Legende vom bloßen „Traum“.

**Kapitalismus am Rande
* der Erschöpfung**

Über die Diagnose des „erschöpften Selbst“ im neoliberalen Kapitalismus und soziale Beschleunigung schreiben **Fritz Reheis, Claus Leggewie und Frigga Haug.** Katharina Gröning analysiert die Genderdimension von Stress und das Theaterkollektiv **Turbo Pascal** erklärt den Wandel des Schlafens seit der Industrialisierung. Außerdem: Heteronormativitätskritik im Familienrecht u.v.m. im neuen prager frühling.



prager frühling 16
Eine schrecklich queere Familie?
...st depression is not passion
... oder Liebe, weinend Kater

Jetzt (schnell) bestellen:
www.prager-fruehling-magazin.de



Anzeigen

Friedensgutachten 2013

Bonn International Center for Conversion (BICC)
Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST)
Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg (IFSH)
Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

herausgegeben von Marc von Boemcken, Ines-Jacqueline Werkner,
Margret Johannsen, Bruno Schoch
336 S., 12,90 EUR, br., ISBN 978-3-643-12151-6

LIT VERLAG

Fresenstr. 2, D-48159 Münster Tel. +49(0)251 / 620 32-14 Fax +49(0)251 / 23 1972
E-Mail: vertrieb@lit-verlag.de <http://www.lit-verlag.de>